Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Breslau: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Jul. Mosse. — Leipzig: Invalidendank, Adolf Steiner. — Magdeburg: Robert Klein. — Minden: C. Marowski. —

Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 3. — Amsterdam: A. Delsman Azn., Spuistraat 164. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Bajchmann & Frandler in Warschau, Senatorskaja 23.

Nr. 324. **Berlin, Mittwoch den 15. Juli 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag.** Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen. Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungs-Spediteure und die Expedition dieser Zeitung, Wilhelmstraße 32, Abonnements vierteljährlich zum Preise von 7 Mark 50 Pf. sowie die Post-Expeditionen 8 Mark incl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von 40 Pf. pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: Berlin SW. Wilhelmstraße 32, zu richten, und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung, unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition frankiren alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur frankirte Briefe an.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 15. Juli.

Bekanntlich hat der Herzog von Cumberland unterm 14. Januar 1879 einen Brief an den Herzog Wilhelm von Braunschweig gerichtet, in dem er alle vom Herzog abgeschlossenen Verträge und also auch die Stellung des Herzogthums als eines Gliedes des Deutschen Reiches anerkannte; bekanntlich hat die welfische Presse diesen Brief ausgenutzt, um daraus des Herzogs Rechte auf Braunschweig abzuleiten; und bekanntlich endlich — wie aber erst jüngst zu Tage getreten ist — hat dem oben bezeichneten Brief, zu vertraulichem Gebrauch, die Absicht eines vom Herzog von Cumberland an die Königin von England gerichteten Schreibens beigelegen, in dem der Herzog seine Ansprüche auf Hannover auch für den Fall der Thronfolge in Braunschweig voll und unumwunden aufrecht erhält. — Der Herzog von Cumberland ist wegen dieser beiden Briefe, die auf keine ehrliche Weise in Einklang zu bringen sind, heftig angegriffen worden. Keiner seiner Gegner jedoch ist ihm so gefährlich geworden wie die „Germania", die für den besten Freund des Herzogs von Cumberland gelten möchte, aber die Sie in Wahrheit mit unbestreitbarem Erfolge das Geschäft fortsetzt, die Cumberlandschen Interessen durch ihre Befürwortung zu schädigen:

„Natürlich", so schreibt sie, „hält der Herzog Ernst August seine Ansprüche auf Hannover aufrecht, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, damit das Welfenhaus später einmal, wenn sich die Gelegenheit bieten sollte, Hannover wieder zu erhalten, einen Rechtstitel habe. Wenn jetzt der Herzog von Cumberland seinen Anspruchen auf Hannover entsagte, dann wäre er für immer des Landes verlustig und stände ihm gegenüber wie jeder andere Bundesfürst. Durch seine Rechtsverwahrung ist dieser Zustand unmöglich gemacht und bei einer eventuellen Loslösung Hannovers von Preußen kann nur das Welfenhaus in Frage kommen. Daß aber einmal der Heimfall Hannovers an das Welfenhaus stattfinden könnte, ganz auf friedlichem Wege, das zu bestreiten vermag kein Mensch, weil er nicht in die Zukunft schauen kann. Diese Rechtsverwahrung des Herzogs von Cumberland hat nichts zu thun mit dem Frieden des Deutschen Reiches, denn durch sie wird derselbe nur Weiß seine Rechte auf Hannover, garantirt aber andererseits den Bestand Preußens gegen jede dem Reichsrechte widerstreitende Störung und acceptirt eine Wiederherstellung seiner Rechte nur durch eine „freie That" des Herrschers von Preußen und der anderen deutschen Bundesfürsten, ebenso des deutschen Volkes."

„Glaubt die „Germania" wirklich — so fragt die „Kölnische Zeitung" — einem praktischen Menschen einreden zu können, daß der Herzog von Cumberland nicht mit Hand und Fuß gegen Preußen und die bestehende Reichsordnung arbeite, sondern frommen Sinnes in beschaulicher Weise warte, bis eine „freie That" Preußens oder der Bundesfürsten oder des deutschen Volkes, also eine Restauration oder Revolution ihm die verwirkte Krone zu Füßen lege? Man muß angesichts solcher unsauberen Manöver dem Abg. Häusler Recht geben, der im braunschweigischen Landtage trefflich bemerkte: „Es macht einen widerwärtigen Eindruck, wenn man wahrnimmt, in welcher Weise die Anhänger des Herzogs von Cumberland mit allerhand Mentalreservationen und jesuitischen Kniffen den Thatbestand zu verschleiern suchen."

In der That, wenn irgend etwas in der braunschweigischen Sache dem Herzog von Cumberland die Sympathieen entfremden, der bedürfte, so ist es Leitung seiner Geschäfte durch jesuitische Einflüsse und der Anschluß seiner welfischen Freunde an die Fraktion der „Germania". Die Argumente der Letzteren in dem erwähnten Artikel bezeichnet die „Köln. Ztg." mit Recht als „ein nettes Stückchen jesuitischer Kasuistik". — Uns ist der Plan nicht unbekannt, den die Führer der Welfenpartei an die Wiederherstellung ihrer Herrschaft im Herzogthum Braunschweig knüpfen. Sie glauben im Besitz dieses architektonischen Punktes der preußischen Regierung und dem Bundesrathe bemnächst das Leben so sauer machen zu können, daß sie es erreichen, sie, wie man sagt, würde zu machen, so daß die preußische Regierung schließlich zu irgend einer Zeit, wo sie sich durch innere oder äußere Krisen geschwächt fände und von schwacher Hand geleitet wäre, sich zu einer Theilung Hannovers verstehen würde, in Folge deren der östliche Theil der Provinz mit der Hauptstadt, vielleicht mit Ausnahme des Bremer und Stader Land-s, an Braunschweig überlassen würde. — In dieser Weise haben namhafte Mitglieder der Welfenpartei dasjenige angedeutet, was sie sich unter dem Heimfall Hannovers an das Welfenhaus ganz „auf friedlichem Wege" denken. Sie wollen sich von Braunschweig aus nach Möglichkeit unbequem machen; und müssen zu diesem Behufe auf die Gefährdung der preußischen Monarchie durch innere und äußere Vorgänge rechnen, wenn ihre Pression wirksam werden soll. Diese Rechnung als friedliche, und die erstrebte Folge der Pression als freie That bezeichnet zu sehen, kann allerdings in einem Jesuitenblatt nicht Wunder nehmen. — Gelegenheit, Hannover wiederzuerhalten — für welche dem Welfenhaus ein Rechtstitel gewahrt bleiben soll — durch alle Mittel der Agitation und Intrigue im Inn- und Auslande nach Möglichkeit hervorzuführen, würde dann ohne Zweifel die Aufgabe der dem Jesuitenorden affiliirten Welfenpartei bilden. Daß die „Germania" dieses System als unverfänglich und ehrlich ansieht, überrascht uns nicht; verwunderlich ist uns nur die Behauptung, daß bei der von ihr erstrebten eventuellen Loslösung Hannovers von Preußen nur das Welfenhaus in Frage kommen könne. Unsere Ansicht ist gerade die umgekehrte. Jedes andere Fürstenhaus könnte, wenn es überhaupt möglich wäre, daß Preußen freiwillig in die Wiederherstellung des hannoverschen Staates willigte, für die Regierung eines solchen leichter in Frage kommen als gerade das Welfenhaus. Noch unwahrscheinlicher aber findet dieser Satz auf das Herzogthum Braunschweig Anwendung, dessen Herzoge, wenn sie Welfen sind, immer Prätendenten auf Hannover bleiben und im Sinne dieses Prätendententhums die Bundesgenossen jedes Feindes der preußischen Monarchie im In- und Auslande sein würden. — Für die „Germania" und deren Leiter mögen derartige Herzoge von Braunschweig nützliche Bundesgenossen für ihre Endziele sein, für das Deutsche Reich und für Preußen aber bleiben sie unannehmbar.

Der „Hannoversche Kourier" erzählt folgendermaßen die Ursprungsgeschichte jenes Briefes des Herzogs von Cumberland an die Königin von England, von dem in unserem heutigen Leitartikel die Rede ist:

„Von Beginn des Berliner Kongresses, als Lord Beaconsfield nach Berlin abreiste, verabsäumte die Königin Victoria nicht, ihrem ersten Minister zu eröffnen, wie sehr es ihr am Herzen liege, einen Ausgleich zwischen Preußen und dem Hause Hannover herbeigeführt zu sehen, und ihn zu bitten, über die Anbahnung eines solchen Ausgleiches mit dem deutschen Reichskanzler zu berathen. Fürst Bismarck erklärte, mit Lord Beaconsfield recht gern die Angelegenheit erörtern zu wollen. Der Lord trug demnächst dem Kanzler die Wünsche der Königin Victoria rückhaltlos vor und erhielt die lopale Antwort, daß der Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zur Zeit durchaus nichts im Wege stehe, sofern derselbe einen in aller Form öffenen, bindenden Verzicht auf Hannover aussprechen und die Zusage ertheilen wolle, niemals in Braunschweig welfische Restaurations-Bestrebungen dulden, denselben vielmehr mit der einem deutschen Bundesfürsten pflichtmäßigen unnachsichtlichen Schärfe entgegentreten zu wollen, wo immer sich ein Herd solcher Bestrebungen auftuen im Begriff sei. Lord Beaconsfield übermittelte die Antwort des Reichskanzlers der Königin, und diese sowie alle Mitglieder der englischen Königsfamilie waren der Ansicht, daß der Herzog von Cumberland, wie er dies der Königin Victoria in Aussicht gestellt hatte, die von Preußen, bezw. dem Reiche geforderten Bürgschaften unbedingt geben könne und solle. In dieser Voraussetzung schrieb die Königin Victoria an den Herzog von Cumberland. Der vom Staatsminister Grafen Görz-Wrisberg auszugsweise bekannt gegebene Brief ist die Antwort des Herzogs, die im Kreise der englischen Verwandtschaft desselben eine so steigernde Verstimmung erzeugte, daß seitdem von London aus nicht die geringste Bemühung zu Gunsten des Herzogs von Cumberland mehr stattgefunden hat."

Die „Köln. Ztg." die den Artikel des „Hann. Kourier" reproduzirt, bemerkt dazu:

„Die „Germania" überschreitet sich nachgerade selbst, wenn sie aus dieser Darlegung herausliest, nicht der Herzog von Cumberland, sondern Preußen habe ein Spiel à deux mains getrieben. Denn der Antrag Preußens habe erklärt, selbst ein persönlicher Verzicht des Herzogs auf Hannover würde keine Bürgschaft für das Aufhören der welfischen Bestrebungen sein, und andererseits habe Preußen doch wieder dem Herzog die obigen Bedingungen gestellt. Weiter kann man allerdings die Entstellung der Thatsachen nicht treiben; denn der Thatbestand ist doch einfach folgender: Preußen glaubte noch im Jahre 1878 auf etwanige Bürgschaften und Versicherungen des Herzogs bauen zu können, hat sich aber durch Thatsachen von der persönlichen Unwahrhaftigkeit und Hinterhaltigkeit des Prätendenten belehren lassen müssen, daß seinen mehr auf seine Betheuerungen keinen Werth mehr. Es gehört in der That die ganze Verbohrtheit eines starren Ultramontanen dazu, um diesen thatsächlichen Hergang buchstäblich auf den Kopf zu stellen."

Aus dem Berichte der Handels- und Gewerbekammer zu Offenbeim für 1884 wurde bereits das über die Wirkungen des überhandnehmenden Vereinswesens Gesagte mitgetheilt; über die wirthschaftliche Lage heißt es in dem Bericht:

„Das Jahr 1884 hat im großen Ganzen wesentliche Verschlechterungen im Erwerbsleben unseres Kammerbezirks nicht hervorgebracht. Wohl waren mit von Hagelschlag und Viehseuche nicht im Vorjahre betroffen und hatten uns in allen Bohrerzeugnissen — Bohrhalter ausgenommen — einer nach Menge und Beschaffenheit des Produkts zufriedenstellenden Ernte zu erfreuen. Die Getreidepreise gingen aber in Folge hiervon nur wenig und es war daher von einer Hebung der Kaufkraft der Landwirthe für gewerbliche Produkte sehr wenig zu verspüren. Die Produkte der Forstwirthschaft fanden gute Preise, und im Holzhandel war lebhafte Bewegung. Die Artikeln und kleineren Gewerbe und Handelsgeschäfte sind im Allgemeinen in der gleichen Lage geblieben. Nur die Erzeugung und der Handel mit Verzehrungs- und Bekleidungsgegenständen erfreute sich eines befriedigenden, zum Theil eines beträchtlich stärkeren Absatzes . . . Die Klagen über den Hausirhandel bestehen noch in gleicher Stärke wie früher fort. Insbesondere ist es das Manufakturwaarengeschäft in den kleineren Städten, welches über die Konkurrenz der größeren Plätze zu klagen hat, die durch Aussendung von Detailreisenden den Bewohnern solcher Städte es sehr bequem macht, Waaren von auswärtigen größeren Geschäften zu beziehen. In die Baubranche ist, wenigstens in einigen Städten, ist mehr leben gekommen. Die Bauhandwerker klagen über zu geringe Handwerkspreise, die großentheils daran berühren, daß bei Submissionen den Bewerbeten manchmal Honorarpreise zum Theil zu bekommen, die Voranschlagspreise tief unterbietet. Die Großstadtsteine läßt nur in einzelnen Zweigen einige Besserung der Geschäftslage erkennen; im Allgemeinen leidet sie unter dem Drucke der beinahe darnieder fortdauernden Ueberproduktion. Zu den begünstigten Industriezweigen gehört die Fabrikation von Leinwaaren, Opds, Mouffelineglas, Harzproduktion, Leim, Kreidekitt und Knochenmehl, Maschinen für Papier- und Holzstoffabrikate, Gold- und Silberwaaren, Metallgalanteriewaaren, Baumwollstickern, wollene Teppichen und Flanellen, Kattunen, Verbandstoffen, Schmuckfachen aus Bein und Schildpatt, Papier, künstlichem Pergament. Eine Geschäftsverbesserung macht sich bemerklich bei der Fabrikation von Bier, Butter, Holzeffigsäure, Kolzsäure, Zucker, Eisenwaaren, Bronzewaaren, Lederwaaren, Koffern und Taschen und Pianofortes. Die Arbeitslöhne sind im Allgemeinen auf dem Stande des Vorjahres geblieben, und es zeigte sich bei dem starken Angebot von Arbeitskräften eher eine Neigung zum Sinken als zum Steigen. Bei der Bijouterie-, Papier- und Lederwarenfabrikation, bei welchen ersteren jedoch nur bezüglich der besseren Arbeiter, trat eine kleine Lohnerhöhung ein."

Um die nach der gegenwärtigen Lage der rumänischen Zollgesetzgebung erforderliche Ausstellung von Ursprungszertifikaten für die aus Deutschland nach Rumänien zu versendenden Waaren thunlichst zu erleichtern, hat die königliche rumänische Regierung bestimmt, daß die Ausstellung dieser Ursprungszertifikate in gleicher Weise erfolgen könne, wie dies in dem bestehenden Handelsvertrage zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn im Artikel 13 festgestellt ist. Dieser Artikel 13 lautet im französischen Originaltext wie folgt:

„Des certificats d'origine seront exigés par les deux Hautes Parties contractantes pour établir l'origine nationale de certaines marchandises importées ou exportées et désignées d'un commun accord. A cet effet l'importateur devra présenter à la douane de l'autre pays, soit une déclaration officielle faite devant un magistrat siégeant au lieu d'expédition, soit un certificat délivré par le Chef du service des douanes du bureau d'exportation, soit un certificat délivré par les Agents consulaires du pays, dans lequel l'importation doit être faite et qui résident dans les lieux d'expédition ou dans les ports d'embarquement. La facture des marchandises en question présentée au bureau de douane respectif pourra exceptionnellement tenir lieu du certificat d'origine."

Rundschau im Auslande.

Die auswärtige Politik des konservativen englischen Ministeriums hat einen bedeutsamen Triumph zu verzeichnen, wenn sich die Meldung des „Daily Telegraph" bestätigt, wonach der englischen Regierung von den Mächten hinlänglich deutliche Erklärungen zugegangen seien, um die alsbaldige Auflegung der egyptischen Neunmillionen-Anleihe zu rechtfertigen. Denn diese Thatsache würde den Schluß nahelegen, daß die von dem Kabinet Salisbury betreffs seiner künftigen egyptischen Politik den Mächten ertheilten Aufklärungen sich einer im Allgemeinen befriedigten Aufnahme zu erfreuen gehabt haben.

Es ist ein charakteristisches Zeichen der Zeit, daß alle in den letzten Wochen vorgenommenen Ersatzwahlen zum Unterhause sich entschieden zu Gunsten der Konservativen gestaltet haben. Am auffallendsten hat sich die konservative Reaktion während der letzten fünf Jahre in North Lincolnshire geltend gemacht. Bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1880 siegte der liberale Kandidat mit 4151 Stimmen über die 3946 seines konservativen Gegners, diesmal aber gestaltete sich das Verhältniß umgekehrt; denn der konservative Kandidat Atkinson verzeichnete 4018 Wähler gegenüber den 2872 des liberalen Sir H. Meyley-Thomson. Man darf also getrost von einer Schwenkung des Landes zu den Konservativen sprechen, ohne sich einer Parteilichkeit schuldig zu machen.

Die äußere Veranlassung der soeben stattgehabten partiellen spanischen Kabinetskrise schreiben Madrider Korrespondenznachrichten der Cholera zu. Nachdem schon Madrid in einem offenen Aufstande gegen die Handel und Wandel schädigenden Absperrungsmaßregeln Einspruch erhoben hatte, und nachdem auch in den Provinzen überall deren Aufhebung gefordert wurde, glaubte der Minister des Innern Romero Robledo der allgemeinen Mißstimmung nicht länger widerstehen zu können, und reichte seine Entlassung ein. Trotz der vielleicht gerade wegen der Reise des Königs bleibt Canovas und das konservative Ministerium nach wie vor im Amte, und die von ihm in Bezug auf diese Reise befolgte Politik hat jetzt auch die Billigung der Kortes gefunden. Die Betheiligung Canovas' ließ an Klarheit und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, er sagte: „Die Regierung glaubte den König einer solchen Gefahr nicht aussetzen zu dürfen, weil sie der Ansicht ist, daß nach dem Tode Alphons' XII. der Bürgerkrieg ausbrechen und Spanien seinem Untergange entgegengehen würde." So scheint denn nach dem Ausscheiden Romero y Robledos der Bestand des Kabinets vor der Hand wieder gesichert zu sein. Ueber die Gründe, welche den Marineminister veranlaßt haben, ebenfalls zurückzutreten, ist Näheres noch nicht bekannt.

Brüsseler Nachrichten möchten auf eine im Anzuge begriffene belgische Kabinetskrise vorbereiten. Besonders wird auf den baldigen Rücktritt des Ackerbauministers de Moreau hingewiesen. Seit einiger Zeit gewinnen diese Gerüchte an Konsistenz. Es ist eine unleugbare Thatsache, daß die eigentlichen Führer der Rechten, die Herren Malou, Jacobs und Woeste, mit der zaudernden Regierungsmethode des Ministeriums Beernaert gar nicht einverstanden sind und das gegenwärtige Ministerium je eher desto lieber verschwinden sehen möchten. Speziell in der letzten Zeit scheint sich Hr. Beernaert die Gunst seiner Partei verscherzt zu haben, weil er in der bekannten Angelegenheit der Assistenz der Armee bei kirchlichen Prozessionen gegen die eigenen Parteigenossen aufgetreten war. Die Führer der Rechten, welche am 19. Oktober 1884 nothgedrungen dem Ministerium Beernaert Platz machen mußten, sind daher angeblich entschlossen, den Ministerpräsidenten und mehrere seiner Kollegen, welche in dem Rufe der „Mäßigung" stehen, zum Rücktritte zu zwingen.

In Frankreich wurde gestern das republikanische Nationalfest begangen, das unter dem jetzigen Regime den 15. August des Kaiserreiches ersetzt hat. Die Kammer hielt zu Ehren desselben Ferien; von großen Veranstaltungen, wie in den Vorjahren, verlautet diesmal wenig; auch die große Revue ist entfallen und durch kleinere Truppenparaden ersetzt worden.

Mit der vom schweizerischen Bundesrath durch Beschluß vom 3. Juni verfügten Ausweisung von einundzwanzig Landesfremden ist das Einschreiten gegen den Anarchismus einstweilen in der Schweiz abgeschlossen worden. Die Ausgewiesenen hatten erwiesenermaßen an den Umtrieben der anarchistischen Gruppen thätig Antheil genommen, dabei eine propagandistische Thätigkeit entfaltet und insbesondere Schriften verbreitet, in denen die im Namen der anarchistischen Lehren verübten Verbrechen gebilligt wurden. Die von den Untersuchungsrichtern und dem Generalanwalt vorgenommene Einstellung der strafrechtlichen Untersuchung, welche vom Bundesrathe am 7. Juli gutgeheißen wurde, erfolgte dem Berner „Bund" zufolge, mit Rücksicht darauf, daß gegen keine der einvernommenen Persönlichkeiten genügend Beweise für deren Theilnahme an durch das Bundesstrafrecht mit Strafe bedrohten Delikten erbracht werden konnten; immerhin hat auf der anderen Seite die Untersuchung ihren Zweck insoweit erreicht, als sie der Behörde erschöpfenden Aufschluß über die anarchistische Gruppe in der Schweiz an die Hand gab und die Fremden kennlich machte, welche in derselben die Hauptrolle spielten.

Die am Sonnabend Abend im „Café Rütli" in Bern abgehaltene, vom Zentralkomité des allgemeinen Arbeitervereins einberufene Arbeiterversammlung war von etwa hundert Personen besucht, worunter sich sehr viele Deutsche befanden. Zunächst schilderte Bundesanwalt und Nationalrath Müller in sehr einlässlichem und höchst interessantem Vortrage Veranlassung und Verlauf der Strafuntersuchung gegen die Anarchisten. (Ausführlicheres hierüber findet der Leser unter „Schweiz". Die Red.)

Die Diskussion, welche sich an den Vortrag Müllers knüpfte, wurde namentlich von deutschen Anarchisten benutzt; sie verlief Anfangs ruhig, wurde jedoch gegen das Ende zu höchst stürmisch, so daß das Präsidium nur mit Mühe die Ordnung einigermaßen aufrecht erhalten konnte. Gegen die eidgenössischen Behörden, die Untersuchungsrichter, sowie gegen die Gefängnißbeamten, Polizeibehörden und Polizeiorgane in Bern wurden wegen angeblicher schlechter Behandlung der verhafteten Anarchisten seitens der Letzteren die schwersten Vorwürfe geschleudert. Wieder andere Redner hielten begeisterte Lobreden auf den Mörder des Polizeirathes Rumpff, während anwesende Schweizer energisch gegen solche Blutthaten protestirten, sich gegen die Beschimpfung der schweizerischen Behörden, die in der Ausweisungsangelegenheit vollständig innerhalb ihrer Kompetenz gehandelt hätten, wehrten und sich überhaupt gegen jede Einmischung von Fremden in ihre eigenen Staatsangelegenheiten auf das Lebhafteste verwahrten. Auch gegen die „Bourgeois-Presse" wurde zu Felde gezogen, da sie die kapitalistische Macht unterstütze. Die Versammlung wurde erst nach Mitternacht geschlossen, nachdem noch mit Mehrheit eine Resolution angenommen worden, in welcher (ähnlich wie es die Zürcher Versammlung am 15. Juni gethan) gegen die Ausweisung der einundzwanzig Anarchisten protestirt wird, da denselben kein strafrechtliches Vergehen habe nachgewiesen werden können.

Die letzthin von mehreren Pester Blättern veröffentlichte Meldung, daß das ungarische Abgeordnetenhaus sich in seiner Herbstsession mit der Frage der Verlängerung der Mandatsdauer zu beschäftigen haben werde, wird nun auch von der „Bud. Korr.", jedoch mit der Variante gebracht, daß die Anregung aus den Reihen der liberalen Partei dervorgehen werde. Die „Bud. Korr." weiß ferner zu berichten, daß die Meinungen darüber, ob die Mandatsdauer auf vier oder fünf Jahre zu verlängern sei, auseinandergehen, und daß auch die Führer der „vereinigten Opposition" nicht gegen die Verlängerung sind, wozu jedoch zu bemerken, daß Graf A. Apponyi seine Zustimmung und somit wohl auch jene seiner Parteigenossen wiederholt von allerlei Cautelen abhängig machte, durch welche unlauteren Wahlumtrieben Riegel vorgeschoben werden sollen.

Das russische Ministerium des Innern verfügte, wie aus Warschau geschrieben wird, daß in der Grenzstation der Eisenbahn Warschau-Wien in Granica eine Sanitätskommission zusammentrete. Diese Kommission besteht aus einem Arzte, einem in Granica amtirenden Gendarmerie-Rittmeister, einem Zoll-Kommerzbeamten und dem Eisenbahn-Stationschef. Vorläufig ist es Aufgabe der Kommission, darauf zu sehen, daß die aus dem Auslande in Granica anlangenden Waggons immer genau desinfizirt, Frachtgüter, von welchen eine Seuchenverschleppung besorgt werden kann, separirt, deponirt und einer Räucherung unterzogen werden. Auch wurde die größte Reinhaltung der Stationsräumlichkeiten anempfohlen.

Zur afghanischen Frage läßt sich der mit den Petersburger Verhältnissen knapp in enger Fühlung stehende „Nord" wie folgt vernehmen:

„Die Erklärung Lord Salisburys ermächtigt zur Ueberzeugung, daß das Einverständniß, welches im Augenblicke des Sturzes Gladstones so gut wie erzielt war, aufrecht bleibt; daß die Debatte über die ganze Frage nicht wieder eröffnet, die Verhandlungen an dem Punkte, wo sie unterbrochen wurden, wieder aufgenommen und die Rußland gemachten Zugeständnisse aufrecht erhalten werden. Da sich die russische Regierung in derselben Stimmung befindet und keineswegs die ihr zugeschriebene Absicht, neue Bürgschaften von dem gegenwärtigen englischen Kabinete zu verlangen, hegt, so liegt Grund zur Hoffnung vor, daß die Streitfrage bald beigelegt sein dürfte. Diese Hoffnung findet ihre Bestärkung in dem Umstande, daß Lord Salisbury die Konzentrationspolitik betritt, welche Indien in Indien selbst vertheidigt, eine Politik, welche Afghanistan der bedeutungsvollen Rolle, die man es bis jetzt in dem Vertheidigungssysteme Indien spielen ließ, entkleidet. So wird der Frieden zwischen Rußland und England nicht mehr von den Parteien abhängen, welche sich in Afghanistan abspielen können. Am Tage, wo England Afghanistan nicht mehr als unentbehrlichen Stoßballen und Hauptbollwerk für Indien betrachtet, werden die Beziehungen zwischen den beiden Mächten von einem gefährlichen Elemente der Störung, der Treulosigkeiten und Gelüsten des Emirs von Kabul befreit, die afghanischen Chefs ohnmächtig sein, diese Regelungen zu kompromittiren und der Friede zwischen den beiden Mächten auf eine ernste Grundlage gestellt werden."

Die persische Regierung hat eine Note an die Pforte gerichtet, des Inhalts, daß, nachdem letztere das Gebiet von Khotur noch immer nicht abgetreten hat, wie dies vom Artikel 60 des Berliner Vertrags bestimmt ist, Persien sich an die europäischen Mächte gewendet habe, um diese Frage durch ein Schiedsgericht ausgleichen zu lassen.

Wie den „Times" unterm 9. Juli aus Philadelphia gemeldet wird, wendet die mexikanische Regierung einen milderen Belagerungszustand in der Hauptstadt an. Chefredakteure von Zeitungen und Studenten sind verhaftet worden, weil sie das Arrangement wegen der Schuld kritisirt hatten. Eine große, noch niedergehaltene Agitation herrschte in Mexiko, sowohl wegen der Finanzmaßregeln, als bezüglich der Gerüchte wegen des Verkaufes gewisser Gebiete im Norden an die Vereinigten Staaten. Die Straßen werden des Nachts von Patrouillen durchzogen. Mehrere Regimenter Kavallerie stehen unter den Waffen, die geheime Polizei nimmt zahlreiche Verhaftungen vor. Der bevollmächtigte Gesandte Mexikos in Paris erklärte in einem an den „Temps" gerichteten Schreiben die Gerüchte wegen des Verkaufes der Nordprovinzen an die Union für aller Begründung entbehrend.

Deutschland.

Hof- und Personal-Nachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser und König hat gestern Vormittag seine Kur in Bad Ems beendet und darauf im Laufe des Tages in der gewohnten Weise noch die regelmäßigen Vorträge des Kabinetschefs und des Hofmarschalls Grafen Perponcher 2c. entgegengenommen, sowie einige hohe Offiziere und andere angesehene Personen empfangen. — Bei der darauf um 4 Uhr Nachmittags erfolgten Abreise von Ems nach Koblenz verabschiedete Se. Majestät der Kaiser sich von den auf dem Bahnhofe anwesenden Behörden, der Badeverwaltung 2c. mit den herzlichsten Worten in seiner bekannten leutseligen Weise. Um 4½ Uhr langte Se. Majestät, von Ems kommend, sodann mittelst Extrazuges wohlbehalten am Schloßgarten zu Koblenz an, wo Allerhöchstdemselben von den obersten Spitzen der Zivil- und Militairbehörden ein festlicher Empfang bereitet worden war. Zur Tafel, welche um 5 Uhr stattfand, waren nur Hofcavaliere gezogen. Nach derselben unternahmen die Majestäten eine gemeinschaftliche Spazierfahrt im Glacis von 7 bis 9 Uhr; die heutige Spazierfahrt durch die Rheinanlagen dauerte ebenfalls eine Stunde. Das Diner, zu welchem die Spitzen der Behörden befohlen sind, findet um 5 Uhr statt. — Soweit bekannt, wird der Kaiser voraussichtlich bis zum Donnerstag Abend 9½ Uhr in Koblenz verbleiben und dann nach der Mainau weiterreisen, wo die großherzoglichen Herrschaften von Baden bereits anwesend sind, um Allerhöchstdenselben bei seiner Ankunft am Freitag Vormittag 9 Uhr zu begrüßen. — Wie uns von Konstanz noch telegraphisch gemeldet wird, trifft Kaiser Wilhelm von Koblenz kommend, dort am Freitag früh 8 Uhr ein und fährt mit dem bereitgehaltenen Dampfschiffe sofort nach der Insel Mainau. — Dort dürfte Allerhöchstderselbe voraussichtlich bis zum 20. Juli verbleiben, bevor er nach Gastein weiterreist.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Alexander ist von seinen Sommerreisen bereits zurückgekehrt und hat, wie auch in früheren Jahren, wieder in der Villa Jacobs bei Potsdam Wohnung genommen, wo Höchstderselbe auch verbleiben wird, bis er zum Winter nach seinem hiesigen Palais kommt.

* Se. königl. Hoheit der Prinz Georg, welcher kürzlich sich von hier nach Wilhelmshöhe bei Kassel begeben hatte, reist heute